

presse

Enspurt in Kopenhagen: Merkel muss Zahlen auf den Tisch legen

Zum Auftakt des "High-Level-Segments", der heißen Phase der Klimakonferenz in Kopenhagen, erklären der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch und der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Frank Schwabe:

Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt von Bundeskanzlerin Merkel, jetzt konkrete finanzielle Zusagen an die Entwicklungsländer zu machen sowie die Reduzierung der Treibhausgase durch die EU anzukündigen. Die EU muss ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent mindern und die Entwicklungsländer mit mindestens 30 Milliarden Euro pro Jahr ab dem Jahr 2020 unterstützen, fordern Matthias Miersch und Frank Schwabe.

Morgen reist Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Klimakonferenz in Kopenhagen. Sie muss durch substanzielle Zusagen zu einer neuen Dynamik in den Verhandlungen beitragen. Warme Worte alleine reichen nicht aus. Ihre Zusage muss konkrete finanzielle Zusagen an die Entwicklungsländer sowie ein unkonditioniertes Minderungsziel der EU umfassen. Die EU muss ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent mindern. Und das unabhängig davon, was andere Länder machen. Nur durch dieses Voranschreiten der EU lässt sich in Kopenhagen eine neue Dynamik verbreiten. Die EU muss die Entwicklungsländer mit mindestens 30 Milliarden Euro pro Jahr ab dem Jahr 2020 unterstützen. In der heißen Phase der Konferenz muss Merkel diese Zahlen auf den Tisch legen.

Bisher hat die EU angeboten, ihren Kohlendioxidausstoß bis 2020 um 20 Prozent zu senken und auf 30 Prozent zu gehen, wenn andere Industrieländer vergleichbare Anstrengungen anbieten. Die Entwicklungsländer verlangen ab 2020 jährliche Zahlungen über 100 Milliarden Dollar (70 Milliarden Euro) aus den Industriestaaten, um die Folgen des Klimawandels für die abzumildern und sich selbst auf klimafreundliche Technologie umzustellen. Hinter den Kulissen führt der britische Premierminister Gordon Brown Sondierungsgespräche mit afrikanischen Staaten. Diese haben massive Bedenken und Misstrauen der Transparenz der dänischen Konferenzleitung.